

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der Arbeiter in städt. Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigungs-, Kanalisations-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Abfuhrwesen, Park- und Gartenanlagen, Schlacht-, Krankenhäusern etc.)

Publikations-Organ

des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten und allen anderen städtischen Betrieben.

Erscheint am 7 u. 22 jeden Monats.
Bezugspreis 80 M. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 10 Pf

Redaktion, Verlag und Expedition:
Bruno Voersch,
Berlin 14, Neue Jakobstr. 26

Insertate, die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pf.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 7.

Berlin, 7. April 1898.

2. Jahrg.

Weitere amtliche Ohrfeigen.

Die um Kosadowshy und Stumm wollen bekanntlich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter vernichten. Diese seien nur Zweckvereine und hätten für die Arbeiter gar keinen Nutzen. So haben sie wiederholt in der letzten Zeit im deutschen Reichstage behauptet. Doch das Glück scheint ihnen bei dem geplanten Vorhaben wenig zu lächeln; mehrmals sind sie bereits gründlich abgefeuert worden. Und nicht nur etwa von den bezahlten „Aufhebern und Aufwieglern“, sondern auch von einigen Gewerbe-Inspektoren Süddeutschlands. Gewerbe-Inspektoren sind bekanntlich höhere Staatsbeamte, welche die gewerblichen Betriebe und die bestehenden Arbeiterschutzgesetze zu überwachen haben. Daß es gerade süddeutsche Gewerbe-Inspektoren waren, die sich gegen die Ansichten der Kosadowshy und Stumm wenden, ist für Jeden, der einigermaßen mit den politischen Verhältnissen in Deutschland vertraut ist, nur zu begreiflich. Mag auch dorten viel, noch sehr viel zu bessern sein, so herrscht doch in süddeutschen Staaten nicht die preussisch-sächsische Reaktion und die Gewerbe-Inspektionsbeamten betrachten sich nicht als willenslose Handlanger der Kräu- und Schloßhüter. Sie geben vielmehr in ihren Berichten der Wahrheit die Ehre und schreiben das nieder, was sie für gut und richtig finden.

Schon kürzlich brachten wir einige Aeußerungen süddeutscher Gewerbe-Inspektoren, die in ihren Berichten über die Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind. Heute wollen wir diesen noch einige weitere hinzusetzen.

Der bekannte Vorstand der badischen Fabrik-Inspektion, Dr. Wörtschöffer, spricht z. B. in seinem letzten Jahresbericht bedauernd von dem „Mangel an Solidaritätsgewühl“ und dem „geringen Interesse, welches ein großer Theil der Arbeiter den Organisationsbestrebungen entgegenbringt“!

Er schreibt weiter: „Es hängt nicht nur der Fortschritt der gesamten Kultur von dem Fortschritt in der Lage der immer zahlreicher werdenden Arbeiterklasse ab. Auch die letztere kann die möglichen und wünschenswerten Fortschritte nicht machen, wenn sie nicht fortwährend an ihrer allseitigen Hervollkommnung arbeitet, und wenn sie nicht in Zusammenhänge steht mit der gesamten Kulturentwicklung. Sie lernt dabei immer mehr erkennen, daß jeder Fortschritt nur ein allmählicher, durch zähe Arbeit erworbener sein kann. Jede Vorklösung der Bestrebungen der Arbeiter aus diesem Zusammenhänge und jede gewaltthame Abtötung der Arbeiter muß daher diesen Fortschritt stören.“

Und an einer anderen Stelle: „Es kann zugegeben werden, daß die Vertheidigung mündelnden der jetzigen Lebenshaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber die Arbeiter-Vereinigungen wohl am besten gerecht werden!“

So urtheilt ein Staatsbeamter, der die Arbeiterverhältnisse kennt und sich nicht als Kommité des Unternehmertums fähig. Deshalb sieht er auch nicht für die arbeitswilligen Streikbrecher jene Gefahren, von denen die Reaktion so viel zu erzählen weiß. Gerade das Gegenteil meldet der Bericht:

Um zu ermitteln, in welchem Umfange die Arbeitseinstellungen des Vorjahres (1896) zu Verächten gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung Anlaß gegeben haben, haben wir uns an sämtliche Staatsanwaltschaften des Landes mit dem Ersuchen

gewendet, uns die hier in Betracht kommenden Fälle mitzutheilen, in denen Anklagen erhoben wurden und Verurtheilungen erfolgt sind. Von sieben der im Lande vorhandenen neun Sige von Staatsanwaltschaften wurde mitgeteilt, daß Anklagen nicht erhoben wurden. In zwei Bezirken, in Freiburg und in Mannheim, wurden in zwei bzw. drei Fällen Anklagen erhoben. In einem freitruerger Falle wurde eine Person zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, während in dem anderen Falle die drei Angeklagten schuldig gefunden und nicht ermittelt werden konnten. In dem Bezirk Mannheim wurden drei Anklagen gegen zusammen 11 Personen erhoben, von denen 8 zu 5 Tagen bis 4 Wochen und 3 zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Die sechsmonatliche Strafe wurde gegen einen Hölzer, nicht gegen eine in einer gewerblichen Anlage beschäftigten Person ausgesprochen.“

Von den 173 794 badischen Industriearbeitern waren also nur fünfzehn straffällig wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung, dessen Verschärfung Graf Kosadowshy für so notwendig hält!

Auch der bairische Gewerbe-Inspektor Karl Voellath in München schildert in sachlicher Weise den Kampf der Arbeiter um ihren Lebensunterhalt und kommt dabei zu folgendem beachtenswerthen Ergebnis:

„Auf allen Lebensgebieten erblicken wir die Arbeiterklasse von der sozialen Entwicklung auf das Tiefste berührt. Die mit den veränderten Produktionsansprüchen Hand in Hand gehenden Umwälzungen der Technik und der gewerblichen Betriebsformen haben die höchste physische und geistige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft im Gefolge. Die Lebensbedürfnisse und die Kosten des Lebensunterhaltes wachsen, aber die Lohnsteigerung hält mit ihnen nicht gleichen Schritt, und namentlich dort, wo größere Arbeitermengen zu industrieller Thätigkeit zusammenströmen, entziehen Schwermühen in der Lebensmittel- und Wohnungsverbeschaffung. Um im Existenzkampfe bestehen zu können, muß die Frau ihre Familienpflichten hintansetzen und sich an der gewerblichen Arbeit betheiligen.“

Wenn die Gefährdung ihrer materiellen und geistigen Lebensbedingungen eben wir aber die Arbeiterklasse thätkräftig und nicht erfolglos Stellung nehmen. Vor Allem richtet sie ihre Bemühungen auf vortheilhaftere Gestaltung des gewerblichen Arbeitsvertrages, wie überhaupt auf eine Besserung ihrer ökonomischen Verhältnisse. Von dem hier Erreichten aus sucht sie sich einen Antheil auch an den höheren geistigen Kulturgütern zu sichern. Wo der Einzelne in diesem Kampfe sich zu schwach erweist, tritt die Arbeiterkonfession an dessen Stelle.

Wie verhalten sich dieser Bewegung gegenüber die anderen Gesellschaftsklassen?

Drei Strömungen werden hier unterschieden werden müssen. Eine ablehnende, der die Forderungen des vierten Standes unberechtigt oder undurchführbar erscheinen; eine gleichgültige, die sich von der Arbeiterfrage nicht unmittelbar berührt fühlt; endlich eine dritte, die in Erkenntniß der vorhandenen Uebelstände und Bedürfnisse bereit ist, zu allgemeiner sozialer Reform die Hand zu bieten. Ohne Zweifel ist die dritte Strömung zur Zeit bei uns die vorwiegende und für die Zukunft die am meisten in Betracht kommende. Ein aufmerksamer Vergleich dieser nun fast zwei Jahrzehnte

umfassenden Berichte wird zu der Erkenntnis führen, wie immer weitere Gesellschaftskreise, nicht zum wenigsten die von der Bewegung in erster Linie berührten Arbeitgeber, in neuester Zeit allmählich auch die Kommunalverwaltungen, sich den Arbeiterbestrebungen sympathisch gegenüberstellen, weil sie in der Hebung des Arbeiterstandes ebenso sehr ein Gebot der Gerechtigkeit wie des allgemeinen kulturellen Fortschritts erblicken.

Und was sagen nun die Pobjadowski, Stumm und Konforten zu diesen amtlichen Obreigen, die sie in den letzten Wochen so zahlreich erhalten haben? Sie knirschen wahrscheinlich mit den Zähnen vor Wut und wünschen, daß diese Staatsbeamten, die sich nicht zu willentlosen Werkzeugen des Kapitalismus erniedrigen wollen, und die den hohen Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation anerkennen, zum Teufel gesagt werden möchten! — Hoffentlich bleibt es bei den Wünschen. B. P.

Die englische Maschinenbauer-Organisation nach dem Streik.

Das offizielle Organ der englischen Maschinenbauer berichtet in seiner Märznummer über die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Streik.

Nach diesem Bericht hat sich die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu dem vorhergehenden Monat von 23 411 auf 6794 vermindert. Die Beschreibungen der Arbeitgeber, seine Maßregelungen vorzunehmen, sind von einem Teile derselben nicht abhalten worden. Einzelne Fabrikanten ziehen offenbar nicht-Unionleute den Gewerkschaftsmitgliedern vor; namentlich Beamte der Organisation und solche Arbeiter, die während des Ausstandes eine leitende Stellung in den einzelnen Distrikten einnahmen, werden von diesen Fabrikanten, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, von der Arbeit zurückgewiesen.

Zum Teil haben die Gemäßregelten schon in dem Arbeitgeberverband nicht angehörenden Fabrikanten Stellung gefunden und sieht zu erwarten, daß bei dem flotten Geschäftsgange auch die Uebrigen bald untergebracht sein werden.

Anfolge der hohen Extrabeiträge ist die Mitgliederzahl von 90 813 auf 89 862 zurück gegangen.

Dieser geringe Rückgang in der Mitgliederzahl ist so unwesentlich, daß mit Recht gesagt werden kann, die Organisation steht auch nach dem Kampfe noch in alter Einigkeit und Geschlossenheit da und wird ohne Zweifel bald ihre frühere Machtstellung wieder erlangt haben. Hinzukommt, daß die finanzielle Position des Maschinenbauer-Verbandes eine weit günstigere ist, als bei Beendigung des Kampfes angenommen wurde. Der Verband besitzt keine Zentralkasse, sondern ist auf dem Quotations-Ausgleichungs-System aufgebaut. Die Gelder verbleiben in den Kassen der einzelnen Zweigvereine und wird alljährlich nach Eingang der Jahresberichte das Gesamtvermögen auf den Kopf der Mitglieder berechnet und dann ausgeglichen. Zweigvereine, deren Ausgaben den allgemeinen Durchschnitt übersteigen, erhalten Zuschüsse von Teilnehmern, die günstiger abgeschlossen haben. Wie der letzte Streik lehrt, hat ein solches System den Nachteil, daß ein Ueberblick über den Stand der Kasse dadurch sehr erschwert wird.

Wie sich jetzt nach Eingang sämtlicher Kassenberichte der Zweigvereine herausstellt, betrug das Vermögen des Verbandes am Ende des vorigen Jahres noch 3 600 000 Mk., weit mehr, als damals angenommen wurde.

Anfolge des günstigen Kassenbestandes sind dann auch die Beiträge gegenüber dem Vormonat um 6 d = 50 Pf. pro Woche herabgesetzt worden. Vom 5. März bis zum 2. April werden anstatt 2 sh 6 d nur noch 2 sh = 2 Mk. Beitrag pro Woche erhoben. Alles in Allem genommen, erklärt die Leitung des Verbandes am Schlusse des Berichtes, es sei berechtigter Grund vorhanden, um mit vollem Vertrauen in Bezug auf die finanzielle und numerische Kräftigung der Organisation in die Zukunft zu blicken.

Bekanntmachung.

Wir müssen darüber unser lebhaftes Bedauern ausdrücken, daß die Vorstände einzelner Verwaltungsstellen ihre übernommenen Verpflichtungen nicht so ausfüllen, wie dieses unbedingt notwendig ist. Da werden z. B. an einem Orte Verbandsmitglieder unter Umständen entlassen, die einer Maßregelung sehr ähnlich sehen. Die anderen Mitglieder bekommen jetzt

Zurück, zahlen ihre Beiträge nicht mehr und die betreffende Verwaltungsstelle ist ihrem Untergange nahe. Der Orts-Vorstand steht diesen Dingen rathlos gegenüber und schließlich nach drei oder vier Monaten erfährt der Hauptvorstand inzwischen mal auf Umwegen, was am Orte vorgegangen und wie es mit der Zillate bestellt ist.

Die Vorstände haben sich in solchen und allen ähnlichen Fällen, falls sie selbst nicht wissen, was zu unternehmen ist, sofort an den Hauptvorstand nach Berlin zu wenden und dieser wird ihnen dann mit Rath und That zur Seite stehen. Geht an irgend einem Orte die Mitgliederzahl zurück, so muß dieses gleichfalls dem Hauptvorstande sofort mitgeteilt werden. Erhält der Hauptvorstand von derartigen Vorkommnissen erst nach drei oder vier Monaten Kenntnis, dann ist es in der Regel schon zu spät, um zweckentsprechende Gegenmaßregel zu ergreifen. Einen Brief nach Berlin zu schreiben, ist doch wahrhaftig kein großes Kunststück. Vorstände, welche in den genannten Fällen sich nicht sofort an uns wenden, vernachlässigen in der größten Weise ihre Pflichten. Wir arbeiten doch um Fortschritte zu machen und nicht um uns im Kreise herumzudrehen!

Bei der Hauptkasse liefern folgende Gelder ein: Mainz 100 Mk., Berlin II (Kanalisations-Arbeiter) 99 75 Mk.

Der Hauptkassierer **V. Vosschart** wohnt jetzt **Berlin N., Ereskowstraße 48, Seitenflügel II.**

Für den Verbands-Vorstand.
Dr. Foersch.

Korrespondenzen.

Einige Verwaltungsstellen haben uns schon seit längerer Zeit keine Mittheilungen über ihre stattgefundenen Versammlungen und den Stand der Bewegung gemacht. Wir bitten, von Zeit zu Zeit darüber an uns zu berichten. Ferner sind die leitenden Personen der örtlichen Bewegung verpflichtet, sämtlichen Vorkommnissen in der Gemeindeverwaltung ein reges Augenmerk zu schenken, und insbesondere die Zeitungsberichte über die Versammlung der Gemeindevertreter (Stadtverordnete, Stadträte etc.) fleißig zu studieren. Sobald auf diesem Gebiete irgend ein interessantes Vorkommnis zu verzeichnen ist, sei es eine Angelegenheit, welche die Arbeiter selber betrifft, oder auch eine Gehaltserhöhung höherer Beamte etc., mache man uns davon Mittheilung. Dieses geschieht am besten dadurch, daß man die betreffende Zeitung, welche darüber berichtet, an uns sendet.

Die Redaktion.

Berlin. Die hiesigen städtischen Gasanstalts-Arbeiter sind in eine Bewegung zur Hebung der 18stündigen Wechselschicht während der Sommermonate eingetreten. In der II. und IV. Anstalt wird schon seit zwei Jahren bei dem Schichtwechsel vom 1. April bis zum 1. Oktober nur 12 Stunden gearbeitet, dagegen arbeitete man in der I., III. und V. Anstalt bisher noch 18 Stunden. Von den Arbeitern der I. Anstalt wurde in zwei Versammlungen, die am 24. und 31. März tagten, einstimmig folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Betriebsarbeiter der II. und IV. städtischen Gasanstalt bei dem Schichtwechsel vom 1. April bis zum 1. Oktober nur 12 Stunden arbeiten, richten die Versammelten an die Direktion der I. städtischen Gasanstalt die Bitte, auch in der I. städtischen Gasanstalt bei dem Schichtwechsel nur 12 Stunden innerhalb der genannten Zeit arbeiten lassen zu wollen.“

Die Versammelten gehen hierbei von der Ansicht aus, daß die 18stündige Arbeitszeit zu lang ist, sie schädlich auf die Gesundheit des Arbeiters wirkt und seine Mühsamkeit zu erheblich einschränkt.

Daher bitten die Versammelten, die 18stündige Schicht, weil die Technik des Betriebes dieses während der Sommermonate zuläßt, zu beschränken.“

Auch die Arbeiter der III. Anstalt nahmen in einer Versammlung am 25. März diese Resolution an. Die Betriebsarbeiter der V. städtischen Anstalt (Samarjendorfer) werden diesen Beschlüssen wahrscheinlich auch Folge leisten.

Berlin. Die hiesigen städtischen Wasserwerks-Arbeiter beschlossen in einer kürzlich stattgefundenen Zusammenkunft, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zwar wollen sie unterem Verbands beitreten. Ein Theil derselben ist diesem Beschlusse bereits nachgekommen.

Berlin. Kürzlich fand hier eine Zusammenkunft mehrerer städtischer Vatermännchen statt. Dieselbe beschäftigte sich mit

der Lebenslage der Paternenzänder und mit den Mißständen (Straßen etc.), welche in diesem Berufe anzuzurechnen sind. Man kam zu dem Schluß, daß auch die Paternenzänder sich organisieren müssen, und sollen baldigst dementsprechende Schritte eingeleitet werden.

Friedrichshagen bei Berlin. Am 3. April tagte hier eine Versammlung der Wasserwerks-Arbeiter. Poersch-Berlin sprach über: „Schließen wir uns dem Verbands an?“ Zu der Diskussion wurde von mehreren Rednern betont, daß nur durch die Organisation aller städtischen Arbeiter eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen sei, und herrschte hierüber unter den Anwesenden eine einstimmige Meinung. Mehrere der Anwesenden, welche bisher noch nicht dem Verbands beigetreten waren, schlossen sich demselben an.

Mainz. Mitgliederversammlung vom 27. März. Tagesordnung: 1. Frage der Extrasteuern. 2. Vortrag über den „Aktienabendtag“. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende referierte über die Extrasteuerfrage auf Grundlage der Stellungnahme des Zentralvorstandes. Nachdem das Thema erschöpfend behandelt, wurde die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. einstimmig beschlossen. Der Vortrag des Genossen Liebmann mußte wegen der Erkrankung seines Bruders ausfallen. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Vorsitzenden die Frage angeschnitten, zu Finanzen eine Konferenz der städtischen Arbeiter in Süddeutschland — und zwar in Mannheim — abzuhalten. Ein Antrag, den Vorsitzenden zu beauftragen, mit dem Zentral-Vorsitzenden in Verbindung zu treten, wurde einstimmig angenommen mit dem Wunsche, der Zentral-Vorsitzende möge bis dahin eine Agitationstour nach dorten unternehmen, um auf der Konferenz anzuweisen sein zu können.

Mannheim. Am 13. März fand hier eine kombinierte Versammlung der beiden Filialen statt. Zunächst hielt der Redakteur Jaech einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Hebung der Arbeiterklasse“. Betreffs der Krankengeldfrage beschloß man, vom 13. März ab kein Krankengeld mehr zu zahlen. Ein Antrag, eine besondere Krankenzuschußkasse zu gründen, wurde abgelehnt.

Mannheim. Am 24. März 1898, Abends 1/2 7 Uhr, hielt die Verwaltungsstelle I im Vokale Hofbag eine Versammlung ab. Dieselbe wurde um 7/7 Uhr durch den 1. Vorsitzenden eröffnet. Genosse Jaech hielt auf Ansuchen der Mitglieder nochmals den Vortrag, den er bereits in der Versammlung vom 13. März gehalten hatte. Derselbe fand stürmischen Beifall. Dann erstatteten die Kartelldelegierten ihren Tätigkeitsbericht. Aus demselben ging unter anderem hervor, daß sich die Arbeiter der Firma Rubin & Mann die Kündigung von zwei Kollegen nicht gefallen lassen. Zur Neuwahl des Kartellvorstandes sollten von Seiten der Gewerkschaften Vorschläge gemacht werden. — Dann berichtete der Arbeitsausschuß über die erfolgte Kündigung des Kollegen und Emanns Diez sowie des Schriftführers Kollegen Schäfer. Kollege Diez wurde deshalb gekündigt, weil er wie der Gasmeister Schlegel sich ausdrückte — ein „Aufwiegler“ sein soll. Der Schriftführer, Kollege Schäfer, soll dagegen an die Wand des Feuerhauses die „staatsverbrecherischen“ Worte geschrieben haben: „Alle für Einen, Einer für Alle!“ Wegen dieses „schweren Verbrechens“ wurde er mit den Worten gekündigt: „Sie als Hädelsführer können binnen 8 Tagen gehen.“ Kollege Schäfer war nun so bösbast und erfüllte das Verlangen des Herrn Schlegel, ihn noch acht Tage mit seiner Gemeinart zu beehren, nicht, sondern schüttelte sofort den Staub von den Pantolen, um anderweit in Arbeit zu treten. Die Kündigung des Kollegen Diez wurde auf Vorstellung des Arbeits-Ausschusses zurückgenommen. — Darauf verlas man ein Schreiben des Stadtraths, welches besaß, daß er über die gestellten Forderungen nicht eher beschließen kann, bis die Direktion der Gas- und Wasserwerke ihm über den Verlauf der Versammlung Deutscher Gas- und Wasserfachmänner berichtet habe. — Das vorher gekennzeichnete Verhalten des Herrn Schlegel soll mit unseren gestellten Forderungen im Zusammenhang stehen. Dieser Herr ist allen Kulturfortschritten feindlich gesinnt — ob aus Ignoranz oder aus anderen Gründen, wissen wir nicht — und dabei sind in seinen Augen jene Leute, welche für den Fortschritt arbeiten, „Hädelsführer und Aufwiegler“. Eigentlich müßten dieselben angehängt werden!! Wünschenswert wäre es, wenn die Direktion in Zukunft bei ähnlichen Vorkommnissen den Sachverhalt genau und objektiv prüfen würde, dann können Unerechtigkeiten nicht mehr vorkommen.

Aus unserem Beruf.

102 800 Mk. für Wassermessermiethe streich bei der Stadtverwaltung das Berliner Stadtverordneten-Kollegium mit 47 gegen 42 Stimmen, d. h. die Hausbesitzer brauchen die genannte Summe zukünftig nicht mehr für Wassermessermiethe zu bezahlen. Um solche Beschlüsse verziehen zu können, muß man wissen, daß die Hausbesitzer in den Stadtverordneten-Kollegien auf Grund des Wahlsystems die ausschlaggebende Partei sind. — Wenn es sich um die Taschen der städtischen Arbeiter handelt, ist man natürlich nicht so freigiebig.

In Darmstadt hat Bürgermeister Mornweg an die Stadtverordneten den Antrag gebracht, Grundsätze für die Bewilligung von Ruhegehältern und Hinterbliebenen-Versorgung für städtische Bedienstete und Arbeiter nach Art der im September v. Js. in Frankfurt a. M. aufzustellen zu bewilligen. Begründet ist der Antrag mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß die Städte durch ihre Gewerbebetriebe längst in die Reihen der Großindustriellen eingetreten seien, daß Eintritt der Arbeitsunfähigkeit oder Todes des Arbeiters der jahrzehntelang der Stadt treu gedient hat, mehr Noth und Entbehrungen in der Familie veranlassen, daß die Wohlthätigkeit in solchen Fällen nur Nothbehelf sei, und daß die regelmäßige Fürsorge der Gemeinde auch ein tüchtiges und arbeitsfreudiges Personal erhalte.

Ein Aufruf entstand am 24. März in Berlin in der Nähe des Anhalter Güterbahnhois. Derselbe war dadurch hervorgerufen worden, daß einige städtische Kanalisationsarbeiter mit ihrem Oberaufseher in ziemlich große Differenzen gerathen waren. Der Verbandsvorstand richtete darauf eine Anfrage an Herrn Stadtrath Maragraft, dem Vorsitzenden der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Mieselfelder, ob derselbe einen Vertreter des Vorstandes empfangen würde, damit dieser ihm die Beschwerden der Arbeiter unterbreiten könnte. Schon am anderen Tage erhielt der Verbandsvorstand von Herrn Stadtrath Maragraft ein Schreiben, in dem es hieß, daß er natürlich sehr gern bereit sei, einen Vertreter des Verbandes zu empfangen. Der Verbandsvorstand hatte denn auch am 4. April mit Herrn Stadtrath Maragraft eine Unterredung und versprach derselbe, die vorgebrachten Beschwerden eingehend zu prüfen. Daß in der Berliner städtischen Kanalisation Arbeiter mit mehrtägigem Aussetzen bestraft würden, wollte der Herr Stadtrath nicht gut glauben, da seiner Meinung nach solche Strafen gänzlich unzulässig sind.

In der Mannheimer Stadtrathshausung vom 25. März kam unter anderem auch das Gesuch der Kollegen des Gaswerks um Einührung der stündigen Arbeitszeit zur Verhandlung. Der Mannheimer „General-Anzeiger“ berichtet darüber wörtlich folgendes: „Von dem Verbands der Gasfabrik- und sonstiger städtischer Arbeiter wurde von der Direktion der Gas- und Wasserwerke eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich zwei Stunden unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes verlangt. Entsprechend dem Antrage der Direktion sowie des Verwaltungsrath, wurde vom Stadtrath beschlossen, dieses Gesuch — soweit es nicht die im Feuerhause beschäftigten Arbeiter anlangt — abzulehnen. Die Entscheidung über eine etwaige anderseitige Regelung der Arbeitszeit und beziehungsweise Arbeitsleistung der Arbeiter des Feuerhauses wird ausgesetzt zur Veranstaltung weiterer Erhebungen, sowie mit Rücksicht darauf, daß sich am 27. d. Mts. der deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner mit dieser Frage beschäftigen wird.“ — Sowie bekannt ist, haben überhaupt nur die Feuerhausarbeiter den 8-Stundentag verlangt, und wäre diesen dann ihre Forderung bewilligt.

Ludwigshafen. In der letzten Nummer der „Gewerkschaft“ berichtete die Filiale I Mannheim, daß die Arbeiter des Gaswerks Ludwigshafen leichter zu arbeiten hätten, als diese in Mannheim. Unserer Erachtens kommt es so heraus, als wenn die Ludwigshafener Gasarbeiter etwas geschenkt bekämen. Unsere Arbeitszeit beginnt früh 6 Uhr bis 6 Uhr Abends, also zehn Stunden. Es sind fünf Loaren zu machen, drei Touren Vormittags, zwei Touren Nachmittags. Dann haben drei Mann zwei Defen, bezw. vier Mann drei Defen & neun Retorten. Morgens nach der ersten Tour werden die Feuer geschlackt, was die an den Retorten beschäftigten Arbeiter selbst besorgen müssen, nicht wie in Mannheim, wo extra Feuerschlacker sind. Kohlen werden auch von den Feuerleuten vermittelst Schubkarren herbeigeschafft. Dann Retorten einlegen, Steigrohre, sogenannte Pfeifen ausbrennen, was das schlimmste ist. Ferner die Schlacken, die es vom Feuerpugen giebt, in Körben fortzuschaffen. Der vierte Mann von an drei Defen beschäftigten Leuten fährt den Coaks auf das Coakslager, wo er ihn mit d'echernen Eimern auslösch

muß, was bei Sturm nichts angenehmes ist, da das Wasser weit getragen werden muß. Bei zwei Deien besetzt dies der dritte Mann, welcher dann auch noch Retorten laden und Coaks aufeinander schaufeln muß. Unsere Retorten sind auch nicht besser, wie in Mannheim, zumal an den älteren Deien. Ferner haben wir Sonntags 24stündige Schicht während in Mannheim bloß 18stündige, und dieselbe Arbeit wie am Werktage. Wenn man Alles in Allem vergleicht, haben es die Ludwigshafener Kollegen härter als in Mannheim, trotz neun Touren.

Der Vorstand der Filiale Ludwigshafen.

Mainz. In der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März berichtete der Herr Oberbürgermeister Dr. Gahner, daß die Lohnnachweisungen in Betreff des Antrages unseres Genossen Tiefals (Cobnerböschung) jetzt eingelaufen seien. Das Material soll zusammengestellt und eine einheitliche Ordnung der Löhne folgen, die i. St. bestehende Kommission wird in der nächsten Sitzung neu gewählt. Danach wird noch einige Zeit bis zur Lohnregelung vergehen. Im übrigen stand die Sitzung unter der alten Devise: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Unter anderem wurden zwei Ingenieure zu Hoch- und Tiefbauinspektoren mit 5000 Mk. Anfangsgehalt angesetzt. Die Sekretäre Friedel und Schäfer erhielten 600 Mk. Zulage. Dem Vorsteher des Reinigungsamtes, Mezler, wurde sein Gehalt von 3000 Mk. auf 3600 Mk. erhöht. Ob er auch jetzt ein gutes Wort einlegen wird für seine armen, alten Straßenkehrer? Betreffs des Reinigungsamtes sind ein paar Worte zu sagen. Ungehört verhallen alle Klagen der Arbeiter über die lange Arbeitszeit im Winter. Wenn man am frühen Morgen die Straßen passiert und sieht, wie die Leute beim Schein der Laternen ihrer Beschäftigung obliegen, so kann man nur ein Gefühl des Bedauerns für die Arbeiter haben, die hier vollständig nutzlos ihre Kraft verschwenden, denn wenn es hell wird, so findet man, daß die Arbeit bloß halb oder ganz schlecht geschafft ist. Genau so ist es am Abend. Die Stadt Mainzginge wahrhaftig nicht zu Grunde, wenn diese Arbeiterkategorie bei gleichem Lohn (es naht der ortsübliche) nur 8-9 Stunden im Winter arbeitete. Aber das darf ja nicht sein, die bekannte Begehrtheit dieser Arbeiterginge am Ende so weit, im Sommer auch nicht länger zu arbeiten. Die Herren an der Spitze sind freilich viel bescheidener! Sie nehmen 600 Mk. gleich auf einmal als Zulage, die mehr beträgt, als ein Arbeiter das ganze Jahr überhaupt erhält. Das ist standesgemäß!

Rundschau.

Lebensmittelpreise. Um einen Anhalt für die durch die Aenderung der Lebensmittelpreise bedingten Schwankungen des Kostenaufwandes für die Ernährung einer Arbeiterfamilie zu erhalten, läßt sich für das Ernährungsquantum eines Arbeiters die Beispielration des deutschen Marinesoldaten zu Grunde legen. Nach den Speisekarten sind die wöchentlichen Portionen pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen:

800 g Rindfleisch,	800 g Bohnen,
750 g Schweinefleisch,	300 g Erbsen,
800 g Hammelfleisch,	500 g Weizenmehl,
150 g Reis,	200 g Backpflaumen,
8000 g Kartoffeln,	455 g Butter,
840 g Zucker,	106 g Salz,
0,11 l Essig,	105 g Kaffee,
5250 g Brot,	21 g Thee.

Diese Ration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Marinemannschaften für unumgänglich notwendig. Die Arbeitsleistung der Marinesoldaten dürfte aber wohl mit der des Arbeiters verglichen werden. Die Ration, die für den ersteren nötig ist, soll auch für den Arbeiter als Normration angenommen werden. Von dieser Annahme ausgehend, berechnen wir den wöchentlichen Nahrungsaufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, für zwei Erwachsene und zwei Kinder, welche letztere wir in eine erwachsene Person reduzieren, durch Verdreifachung der Normration.

Die Lebensmittelpreise berechnen wir nach den amtlichen Preisberichten städtischer Markthallen, für die Kleinhandelspreise notiert worden. Wir legen bei der Berechnung die niedrigsten Preise zu Grunde, berücksichtigen aber insofern die höheren Qualitäten und Preise, als wir auf die Gesamtsumme noch einen 15prozentigen Zuschlag machen. Dadurch erhalten wir annähernd die häufigst gezahlten Preise. Wir lassen hier zunächst nur für die Orte Berlin und Leipzig die obige Berechnung folgen und bemerken dabei, daß die Berliner Preise sich vom 2. Februar, die Leipziger vom 29. Januar verstehen: Es ergibt

sich so, daß der Nahrungsaufwand für eine Arbeiterfamilie nach den Preisen vom 2. Februar, resp. 29. Januar betrug: —
in Berlin 20,40 Mk.
in Leipzig 20,28 „

In Mitte März betrug der Nahrungsaufwand nach den amtlichen Lebensmittelpreisen für eine Arbeiterfamilie:
in Berlin 19,93 Mk. gegen 19,48 Mk. im Februar
in Leipzig 20,48 „ „ 20,72 „ „ „
in Braunschweig 20,24 „ „ 20,41 „ „ „
in München 22,89 „ „ 21,92 „ „ „

Tausende von Arbeitern verdienen nicht die oben angegebenen Summen, welche nur nötig sind, um den Nahrungsaufwand zu befriedigen. Wo bleibt ferner die Kleidung, Wohnungsmiete etc.? Antwort: Der Arbeiter kann sich nur ungenügend ernähren und kleiden.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 27. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nachträge zur Märzfeier. — Lohn, Preis und Profit. Vortrag, gehalten im Generalrathe der „Internationale“ am 26. Juni 1865 von Karl Marx. Uebersetzt von E. K. Bernstein. — Raatschau. Von A. Rantsky. — Aus der Revolutionschronik von 1848. — Wirtschaftliche Rundschau.

Achtung! Ortsvorstände!

Der bekannte Verfasser des Werkes „Städte-Verwaltung und Municipal-Sozialismus in England“, erschienen 1897 bei Dietz in Stuttgart, C. Fugo, beabsichtigt ein gleiches Buch über die bezüglichen Verhältnisse Deutschlands zu schreiben. Da in demselben auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter behandelt werden sollen, so hat der Verfasser an uns das Ersuchen gerichtet, ihn in diesem Punkte zu unterstützen. Wir bitten nun die Ortsvorstände, uns genauere Mitteilungen über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, sowie Arbeitsordnungen etc. der einzelnen Kategorien baldmöglichst machen zu wollen. Es liegt im Interesse der städtischen Arbeiter, daß ihre Lebenslage in den einzelnen Orten genau festgestellt wird, weshalb wir um Erfüllung des an uns gerichteten Ersuchens bitten.

Der Verbandsvorstand.

Achtung! Berliner Gasarbeiter!

Bei dem Restaurateur Herrn Vanger, Stralauer Platz Nr. 23, ist eine Zählstelle errichtet worden.

Die Ortsverwaltung.

Versammlungs-Kalender.

Charlottenburg. Donnerstag, den 14. April, Abds. 8 Uhr, bei Deuer, Wallstraße 96.

Kiedorf. Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr, Bergstraße 33.

Buchhandlung „Vorwärts“

Deuthstraße Nr. 2. Berlin S.W. Deuthstraße Nr. 2.

Soeben ist bei uns erschienen:

Zum Jubeljahre der Märzrevolution

Von Wilhelm Liebknecht.

96 Seiten. — Mark 0,30. — Porto 5 Pfennig.

Die Schrift enthält nicht bloß eine lebendige, eingehende Schilderung der 48er europäischen und namentlich der deutschen Revolutions-Bewegung, sondern auch eine kritische Würdigung jener Ereignisse und sie faßt zum Schluß die Aufgaben zusammen, welche die deutsche Arbeiterklasse, die zielbewußte Erbin der 48er Vorkämpfer, zu übernehmen von der Geschichte bestimmt ist.

Verantw. Redakteur: Hr. Poersch, Berlin, Neue Jakobstr. 26. Druck: Maurer & Dimmler, Berlin S., Coulissen-Str. 11.